

Verbandsgemeinderat Vallendar

Rede zum Haushalt 2010

von Katharina Raue, Bündnis 90 / Die Grünen

Der Haushalt für ein neues Jahr – eigentlich eine schöne und spannende Herausforderung. Zu überlegen, für welche Aufgaben Haushaltsmittel eingestellt werden sollen, was wir in unserer Verbandsgemeinde, und mit welcher Gewichtung, gestalten wollen.

Selbstverständlich liegt die Allzuständigkeit bei den Ortsgemeinden und der Stadt. Die Verbandsgemeinde hat sich auf die durch die Gemeindeordnung festgelegten eng begrenzten Aufgabengebiete zu beschränken. Aber diese Aufgaben sind nicht unwesentlich: Trägerschaft für die Konrad-Adenauer-Schule, Brandschutz, zentrale Sportanlagen, Bau und Unterhaltung überörtlicher Sozialeinrichtungen, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sowie die Unterhaltung von Gewässern. Ein weites Feld, auf dem man viel bewegen könnte.

Aber in diesem Haushaltsjahr ist die Rolle der Verbandsgemeinde mehr denn je zu der eines Katalysators geschrumpft. Sie muss die Mittel, die sie bekommt, zur Erfüllung der ihr vom Gesetz zugewiesenen Aufgaben einsetzen. Und für 2010 bedeutet das den fast vollständigen Einsatz aller zur Verfügung stehenden Gelder für Pflichtaufgaben.

Wir haben nur ganz wenig Gestaltungsspielraum. Seit Jahren bemühen wir uns im Rat darum, die Verbandsgemeindeumlage möglichst niedrig zu halten, um den Ortsgemeinden den erforderlichen Handlungsspielraum zu lassen – entsprechend gering sind unsere Rücklagen.

Freiwillige Ausgaben machen weniger als 10 Prozent des Haushaltsvolumens aus, wenn man vom Freibad einmal absieht; ein nur geringer Teil. Sie werden eingesetzt für Jugendarbeit, Bildung und Sportangebote.

Angesichts dieser engen, um nicht zu sagen, nicht vorhandenen, Gestaltungsspielräume, verzichten Bündnis 90/DIE GRÜNEN darauf, neben den bereits eingebrachten weitere eigene Anträge zum Haushalt zu stellen.

Kürzungen, wie sie die Kolleginnen und Kollegen von der CDU vornehmen möchten, halten wir jedoch für überzogen und sogar kontraproduktiv: Mittel für Aus- und Fortbildung etwa zu beschneiden, beeinträchtigt die Qualität der Verwaltung und schwächt die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wir unterstützen aber sehr gerne die Anträge der sozialen Organisationen auf Unterstützung und auch zusätzlich den vorliegenden Antrag auf höhere Unterstützung von Pro Familia.

In ökologischer Hinsicht mag manches verbesserungswürdig sein. Das ist aber nicht Gegenstand der Haushaltsberatungen, sondern wird von uns an geeigneter Stelle in die Sachdiskussion eingebracht werden, zum Beispiel wenn es um die energetische Sanierung verbandsgemeindeeigener Gebäude geht. Ebenso wenig können bei den Haushaltsberatungen, um die es ja hier und jetzt geht, soziale und ökologische Vergabekriterien eine Rolle spielen. Dieser Punkten werden wir uns in diesem Jahr noch gesondert annehmen.

Wir warnen aber davor, dass 2011 möglicherweise das letzte Jahr sein könnte, in dem wir uns die freiwillige Förderung sozialer Aufgaben leisten können. Zwar haben wir auch in diesem Jahr geplant, den Gesamtbetrag der Darlehen um 300.000 Euro auf 7,8 Millionen Euro zurückzuführen. Nach Ablauf des Haushaltsjahres 2011 werden aber unsere letzten Rücklagen aufgebraucht sein. Der Rechnungshof Rheinland-Pfalz hat in seinem Kommunalbericht 2009 ausgeführt: „Für die Übernahme zusätzlicher Aufgaben besteht bei den defizitären Kommunen kein Spielraum. Vielmehr ist es unabdingbar, zur Senkung der Ausgaben auch langfristig wahrgenommene freiwillige Aufgaben auf den Prüfstand zu stellen und den Aufgabenumfang

deutlich zu reduzieren.“ Ich möchte dabei Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, dass diese Aussagen die wirtschaftliche Lage der Kommunen im Haushaltsjahr 2007 betreffen. Um wie viel mehr gilt dies jetzt angesichts einer Wirtschaftskrise mit Rekorddefiziten für die Kommunen. Wir werden die inhaltlichen Beratungen im kommenden Jahr dazu nutzen, die wenigen freien Mittel, die wir haben, konstruktiv einzusetzen und darauf hinzuwirken, weiterhin eine Ausgabenpolitik zu verfolgen, die die Verbandsgemeinde auch in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten in die Lage versetzt, ihren Schuldenstand noch weiter zurückzuführen, damit sie auch in Zukunft für die Bürgerinnen und Bürger eine lebenswerte und bezahlbare Kommune bleibt. In diesem Zusammenhang ist auch eine gute Selbstdarstellung und -vermarktung von Bedeutung. Der entsprechende Antrag findet daher auch unsere Zustimmung.